

St. Peters Bote,

die älteste deutsche katholische Zeitung in Kanada, erscheint jeden Mittwoch in Münster, Sask., und kostet bei Voranzahlung:

\$2.00 pro Jahrgang  
Einzelne Nummern 5 Cts.

Ankündigungen werden berechnet zu 50 Cents pro Zeile einseitig für die erste Einrückung, 25 Cents pro Zeile für nachfolgende Einrückungen.

Reklamsätze werden zu 10 Cents pro Zeile wöchentlich berechnet.

Geschäftsanzeigen werden zu \$1.00 pro Zeile für 4 Insertionen, oder \$10.00 pro Zeile jährlich berechnet. Rabatt bei großen Aufträgen gewährt.

Jede nach Ansicht der Herausgeber für eine erstklassige katholische Familienzeitung unpassende Anzeige wird unbenutzt zurückgewiesen.

Man adressiere alle Briefe u. s. w. an ST. PETERS BOTE, Münster, Sask., Canada.

St. Peters Bote. Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

Die erste deutsche katholische Zeitung Canadas, wird mit Empfehlung des hochw. Bischofs Pascal von Prince Albert und des hochw. Erzbischofs Lancton von St. Boniface, wöchentlich herausgegeben von den Benediktiner-Vätern zu Münster, Sask., Canada.

17 Jahrgang, No. 4 Münster, Sask., Mittwoch, den 10. März 1920. Fortlaufende No. 836.

St. Peters Bote,

the oldest Catholic newspaper in Saskatchewan, is published every Wednesday at Münster, Sask. It is an excellent advertising medium.

SUBSCRIPTION: \$2.00 per year, payable in advance. Single numbers 5 cents.

ADVERTISING RATES: Transient advertising 60 cents per inch for first insertion, 25 cents per inch for subsequent insertions. Reading notices 10 cents per line. Display advertising \$1.00 per inch for 4 insertions, \$10.00 per inch for one year. Discount on large contracts. Legal Notices 12 cts. per line nonpareil 1st insertion, 8 cts. later ones.

No advertisement admitted at any price, which the publishers consider unsuited to a Catholic family paper.

Address all communications to ST. PETERS BOTE, Münster, Sask., Canada.

Vom Ausland

Berlin. Der rechte Flügel der Zentrumspartei in Münster, Westfalen hat einen Beschluß zugunsten der Wiedereinführung der Monarchie in Deutschland angenommen. In einer Versammlung der Zentrumspartei wurde beschlossen, den bisherigen Finanzminister Mathias Erzberger nicht als ersten Parteiführer fallen zu lassen, bis die Beschuldigung, daß er absichtlich Steuererhöhungen umgangen habe, unterleuchtet und erwiesen worden ist. Dr. Erzberger resignierte, nachdem im Laufe des Zeugnenshörtens in seiner Verleumdungsklage gegen den ehemaligen Vizekanzler Karl Helfferich diese Beschuldigung erhoben worden war.

Der zwanzigjährige Gymnasiast Otho von Hirschfeld, der wegen Mordangriffs auf den Reichsfinanzminister Erzberger prozessiert wurde, ist durch Urteilspruch des Gerichts mit einer Gefängnisstrafe von 16 Monaten davon gekommen. Man billigte ihm mildernde Umstände zu, da er geistig nicht normal zu sein scheint, und wohl auch, weil er unter dem Einfluß einer maßlosen Zeitungshefte stand.

190 deutsche Kriegsgefangene, einschließlich 43.110 Offiziere, sind seit dem 20. Januar aus den französischen Gefangenenlagern repatriert worden.

Zwischen Deutschland und Rußland scheint es zu einer Einigung gekommen zu sein über den Austausch von Kriegsgefangenen. Es heißt, Deutschland habe sich bereit erklärt, wöchentlich Züge zwischen Berlin und Moskau zu diesem Zwecke fahren zu lassen. Auch sollen die Mehrheitssozialisten jetzt die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjet-Rußland befürworten, unter der Bedingung, daß die Regierung in Moskau sich nicht in die inneren Angelegenheiten Deutschlands mischt.

Englische Interessen planen die Errichtung von 5 großen Bankinstituten in Danzig, sowie eines regulären Dampferverkehrs zwischen Danzig, Kopenhagen und London, wie an den Vorwärts gelangte Meldungen aus polnischen Quellen besagen.

Stuttgart. Die zweitälteste Tochter des Herzogs Albrecht von Württemberg, Herzogin Maria Theresia, folgte ihrem Bruder, dem Herzog Karl Alexander nach, der in das Benediktinerkloster zu Beuron eingetreten ist. Sie ging in das Benediktinerinnenkloster zu Eibingen bei Rudesheim.

Budapest. Die ungarische Nationalversammlung erwählte am 1. März mit 131 von 141 Stimmen den Kommandeur der ungarischen Armee, Admiral Horthy, zum Regenten Ungarns. Vor der Uebernahme der Regentschaft ersuchte Horthy um die Zustimmung der Großmächte, und er nahm unter der Bedingung an, daß ihm das Recht zur Auflösung der Nationalversammlung zusteht, wenn er es für notwendig hält.

Genf. Der frühere Kaiser Karl von Oesterreich, der seit seiner Flucht aus Wien im Schlosse Brangins am Genfersee lebt, wird tatsächlich als Gefangener gehalten. Alle an ihn gerichteten Briefe werden von einem Mitglied des Stabes, der ihn umgibt, geöffnet und gelesen,

ehe er sie erhält. Er beschwert sich darüber, daß einige seiner nächsten Freunde, die ihn besuchen wollten, vor den Wachen abgewiesen wurden. Wenn der ehemalige Kaiser sich in der Öffentlichkeit zeigt, wird er streng bewacht.

London. Sir Auckland Geddes, der neue britische Botschafter für die Ver. Staaten, ließ verlauten, daß die Alliierten ein internationales Darlehen an Deutschland gutheißen, um Deutschland wirtschaftlich wieder auf die Füße zu stellen. Deutschlands Verpflichtung für Rückzahlung dieser Anleihe soll den Vorrang vor der Zahlung von Kriegsschadigungen haben. Der hohe Rat der Alliierten beschloß, daß ein internationales Abkommen getroffen werden soll, um Rohstoffmittel und Rohstoffe in ganz Europa zu verteilen.

Nach mehrtägiger lebhafter Debatte, wobei England und Italien gegen Frankreich vereint waren, entwarf der hohe Rat ein Manifest, welches die wirtschaftlichen Klauseln des Friedensvertrages tatsächlich zugunsten Deutschlands abändert. Der Schritt gilt als das erste Vorgehen, um die Deutschland auferlegten Bedingungen zu mildern, und ist in Wirklichkeit eine verschleierte Revision des Versailler Vertrags. Die Vorrede des Manifestes bezeichnet den Wiederaufbau der deutschen Industrien als eine Lebensfrage für ganz Europa. Die Premierminister von England und Italien traten für Milderung des Vertrags ein, der französische Ministerpräsident Millerand jedoch beharrte auf voller Durchführung des ursprünglichen Abkommens. Premier Attlee wies auf die Notwendigkeit gewisser Änderungen hin, denn sonst könne Deutschland seine Verpflichtungen niemals erfüllen. Das Manifest wird erklären, daß das wirtschaftliche Gleichgewicht von Deutschland und Frankreich zum Besten der Welt wiederhergestellt werden muß. Die Einzelheiten bleiben Frankreich zur Entscheidung überlassen.

Nach Meldung von zuständigen Seiten ist der Rat der Premierminister geneigt, alle Beschuldigungen gegen den Ex-Kaiser fallen zu lassen, selbst wenn Holland den alliierten Vorschlag fernerhin mißachtet, daß es Wilhelm Hohenzollern aus Europa verbanne. Der Rat hatte eine Beratung über die Angelegenheit, und nach zuverlässiger Information war eine Aenderung in der Haltung der Alliierten augenscheinlich.

Wie aus dem Haag berichtet wurde, enthält Hollands Antwort auf die zweite „Kaisernote“ der Alliierten wiederum die Weigerung, den ehemaligen Kaiser auszuliefern oder ihn nach einer entlegenen Insel zu bringen. Die holländische Regierung erachtet sich aber, ihn unter strengster Bewachung zu halten.

Wie offiziös mitgeteilt wird, verteilte der hohe Rat die Einflusssphären für die verschiedenen alliierten Mächte in der Türkei. Es wurde beschlossen, daß keine der Mächte weiteres türkisches Gebiet sich einverleiben darf, aber einer jeden soll eine wirtschaftliche Herrschaftssphäre zugewiesen werden.

Nach einer Depesche aus Moskau floh General Tolstoy's Armee, nach einer Niederlage bei Guriew, das Gouvernment Uralsk, nach dem Kaspien Meer. Der Rückzug erfolgte

unter furchtbaren Verhältnissen. Tausende legten sich mit Pferden und Kamelen in den wasserlosen Steppen nieder, um zu sterben und nichts blieb übrig von der weißen Armee.

Aus Erklärungen des Lord Northcliffe, die in Pariser Blättern veröffentlicht werden, geht hervor, daß die britische Zeitungskönigin seine Kreatur Lloyd George fallen lassen und dafür wieder Lord Asquith, dessen Sturz als Premier er herbeiführte, setzen wird. Lord Northcliffe sagte: „Asquith's Sieg ist darauf zurückzuführen, daß er ein Kenner auf dem Gebiete des Finanzwesens ist. Großbritannien bedarf nun eines Finanzgenies, um unser Finanzwesen, das in den Ver. Staaten Sorge hervorruft, aufzubauen. Sollte Asquith damit erfolgreich sein, dann verdient er mit der Premierwürde belohnt zu werden.“

Wie der „Evening Standard“ meldet, enthält der türkische Vertrag folgende Punkte: Griechenlands Ansprüche in Bezug auf Thrazien werden anerkannt. Auch sollen die Griechen im Besitz von Smyrna verbleiben, und zwar unter der nominellen Obrikeit der Türkei. In Bezug auf die Aufsicht über die türkischen Hilfsquellen wurden drastische Klauseln in den Vertrag aufgenommen. Cilicien soll unter ein französisches Mandat gestellt werden, während ein unabhängiges Armenien geplant ist, mit Einschluß einer Republik Erivan und von Teilen Nord-Armeniens. Die Türken werden in Konstantinopel bleiben doch hat sich der Rat auf eine außerordentlich strenge Kontrolle geeinigt.

Das wohlbekannte englische Wochenblatt „Nation“ in seiner Ausgabe von vorletzter Woche enthält einen gediegenen Artikel über die adriatische Frage, worin ein sehr ungunstiges Urteil über Präsident Wilson gefällt wurde. Es lautet wie folgt: „Präsident Wilson's Wiedererscheinen auf der europäischen Bühne hat ein krankhaftes Aussehen. Wir können nicht verstehen, warum ihm die Fiumefrage so sehr zu Herzen geht. Er gab wieder und wieder bei viel wesentlicheren Verletzungen seiner Grundsätze nach. Er ließ die gefährliche Belagerung des Rheingebietes und des Saartales zu. Er gestattete, daß die Ansprüche Polens über alles Maß des Gerechten hinausgeschraubt wurden. Er gab in der Sache der Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland nach, wofür er, wie wir glauben, mit ziemlicher Beharrlichkeit eingetreten war. Er gestattete, daß 3,000,000 Deutsche in Böhmen und Mähren dem tschecho-slowakischen Staate einverleibt wurden. Er duldet die Preisgabe der Ruthenen an Polen und die Tschecho-Slowakei. Er tat nichts, um das deutsche Südbüchel vor Annexionierung durch Italien zu retten und hat nur wenig getan, um Albanien vor Vernichtung zu bewahren. Er tritt aber für die Rechte einiger hunderttausend halbzivilsierter Bewohner des adriatischen Gebietes ein, während er zujubelt, daß ebensoviele Millionen die auf einer viel höheren Kulturstufe stehen, das gleich klare Recht abgeprochen wird. Nichts kann besser dazun, daß der Präsident kein Talent zum Führer hat. Das einzige Ergebnis des Wiederaufstehens Wilsons auf der europä-

ischen Bildfläche wird sein schleichendes Verschwinden und Erlöschen sein.“

Paris. Der allgemeine Bahnstreik in Frankreich ist zu Ende gekommen, und viele Züge sind bereits wieder in Betrieb. Unter welchen Bedingungen der Streik beigelegt wurde, ist nicht bekannt gemacht worden, aber die Beamten der Bahnarbeiter-Union behaupten, daß diese einen Sieg errungen habe. Die schnelle Beilegung des Streiks hat die Stellung des Ministeriums Millerand bedeutend gestärkt. Die französische Presse legt die schnelle Beendigung des Streiks dahin aus, daß die Radikalen unter den Arbeitern gegen das konservative Element in den Arbeiter-Unionen nicht durchbringen können.

Dublin. Die Katholiken in Irland erheben lauten Protest gegen die neue Pöme-Akte-Vorlage, die im Hause der Gemeinen des britischen Parlaments eingereicht wurde. Sie haben hauptsächlich hervor, daß Kardinal Logue, der Erzbischof von Armagh, der alten Hauptstadt Irlands, und Primas von Irland, durch die neue Maßnahme unter der Regierung der Orangeleute in Mitleidenschaft gezogen würde. St. Patrick's Grabstätte und historische Stätte, die den Herzen der Irländer teuer sind, würden dadurch aus dem nationalen Leben gerissen werden und den Carbonisten zufallen.

Rom. Das während des Krieges durchgeführte System der Austeilung von Brot-Fett- und Zuckerarten und ein System von fleischlosen Tagen ist am 1. März in Italien wieder in Kraft getreten. Kuchenbacken ist gänzlich verboten worden.

Die deutschen Heiligtümer in Jerusalem.

Wir sind nunmehr in der Lage, hiermit genauere Angaben über das Schicksal der deutschen Anstalten in der heiligen Stadt und namentlich über das Heiligtum auf dem Berge Sion zu bringen. Die nach der Ueberlieferung geheiligte Stätte auf dem Berge Sion, wo die allerheiligste Jungfrau Maria das Zeitliche segnete — daher Maria's Heimgang — wurde bekanntlich im Jahre 1848 vom deutschen Kaiser Wilhelm II. gekauft und dem Deutschen Verein vom Heiligen Lande überwiesen. Mit enormen Kosten — nahezu einer Million Mark — hat der Verein den herrlichen Mariendom und ein Kloster erbaut. Noch ruht eine bedeutende Schuldenlast auf den Gebäuden. Bei der Einnahme Jerusalems befürchtete man, es möchte Kirche und Kloster in andere Hände übergehen. Allein man ließ die Benediktiner der Beuroner Kongregation, denen der Verein die Obhut über Heiligtum und Kloster anvertraut hatte, ruhig ihres heiligen Amtes walten. Am 24. November des Jahres 1918 aber erhielten die Benediktiner ganz unerwartet den Befehl, Kirche und Kloster zu verlassen. Sie wurden ausgewiesen, drei Patres und drei Laienbrüder, und nach Ägypten abtransportiert wo sie im Lager Sidi Bishi bei Alexandria interniert wurden. Dank den Bemühungen des hochw. Herrn Weihbischöfs von Jerusalem gelang es, daß das Heiligtum und das Kloster vorderhand der Obhut des lateinischen Patriarchen

übergeben wurde, der das Patriarchat-Seminar dorthin verlegte. Als der Abt von Marebious nach Rom kam, um mit dem Apostolischen Stuhle wegen der Trennung seines Klosters von der Beuroner Kongregation zu verhandeln, was ihm auch gewährt wurde, und hörte, daß die Dormition wegen der Ausweisung der Patres gefährdet sei, bat er den St. Vater ihm, beziehungsweise seinen Patres, die Obhut über das Heiligtum und das Kloster auf dem Berge Sion zu übertragen. Der St. Vater willigte ein unter der Voraussetzung, daß der Abt einen Keuers unterschrieb, in dem er sich verpflichtete, wenn die Verhältnisse es gestatten, Kirche und Kloster den Beuroner Benediktinern beziehungsweise dem Deutschen Verein vom Heiligen Lande zurückzugeben. Am 11. März sind die belgischen Benediktiner, vier an der Zahl, mit P. Gregor Journer als Obern in Jerusalem eingetroffen und haben das Kloster auf dem Sion in Besitz genommen. Hoffentlich gelingt es bald, daß Heiligtum und Kloster wieder an den rechtmäßigen Eigentümer zurückfallen. Das schöne deutsche Pilgerheim, das St. Paulushospiz vor dem Domastektor, ist von den Engländern besetzt und wird als Regierungsgebäude benutzt. Wenn alle Fragen im Orient geregelt werden, dürfte wohl das St. Paulushospiz auch wieder seinem ursprünglichen Zwecke zurückgegeben werden, da es doch kirchlich ist. Gerade in der heiligen Stadt sollte man es für durchaus unmöglich halten, daß das katholische kirchliche Eigentum durch eine christliche Nation dauernd für andere Zwecke gebraucht wird. Das sogenannte alte deutsche Hospiz vor dem Kaffator ist dem Verein und den von ihm dablei angestellten Baromaerinnen geblieben, leider mußte die Mädchenschule geschlossen werden, doch bemüht man sich nachdrücklich um die Erlaubnis zur Wiedereröffnung. Noch ein viertes deutsches katholisches Unternehmen finden wir in Jerusalem: das Haus der deutschen Baromaerinnen in der sogenannten deutschen Kolonie nicht weit vom Bahnhof der heiligen Stadt; nähere Nachrichten über diese Anstalt liegen uns zur Zeit nicht vor.

Kriegserlebnisse eines Beuroner Benediktiners.

Aus der Gefangenschaft kehrte nach Beuron zurück Vater Zenobius Mäpfe. Er gehörte seit Januar 1904 zu einer Missionstation in Deutsch-Ostafrika. Drei Jahre blieb die Station vom Feinde verschont und konnte zusammen mit einer Militärlation der deutschen Truppe als Feldlazarett und Erholungsheim gute Dienste leisten. Zuletzt wurde dort auch eine Spinnerei und Weberei eingerichtet, um die Truppen mit Bekleidung zu versorgen. Erst im Oktober 1917 gelang es den Belgiern und Engländern dort Fuß

zu fassen und nun mußten die Patres, Brüder und Schwestern in die Gefangenschaft gehen. Während die Schwestern und der hochw. Bischof in Dar-es-Salaam bleiben konnten, kam der Vater nach Indien ins Lazarett und später in ein Gefangenenlager bei Ägypten. Die Behandlung war eine gute und Gelegenheit zum Gottesdienste immer gegeben. Die Engländer wollten den Vater austiefen und in die Heimat senden. Aber in Marseille wurde er festgehalten und mußte in Frankreich noch 10 lange Monate in einem Gefangenenlager zubringen. In all der Zeit war keine Gelegenheit zu einem Gottesdienste gegeben. Welch ein Schmerz muß das für einen Priester gewesen sein und zumal für einen Missionar, der sich an die Liebe und Verehrung seiner schwarzen Christen erinnerte, denen man vom zivilisierten Frankreich aus „Kultur“ bringen will.

Kirchliches.

Rom. Zu Beginn des Jahres 1920 besteht das Kollegium der Kardinalen aus 64 Kardinälen, von denen 33 der italienischen und 31 einer anderen Nationalität angehören, welche letztere sich auf folgende Weise verteilen: Frankreich 8, Spanien 5, Oesterreich 2, Portugal, Großbritannien und die Ver. Staaten von Amerika je 2, Deutsches Reich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Belgien, Niederlande, Irland, Canada und Brasilien je 1. Die 6 Kardinalbischofe 15 Kardinalpriester und die 7 Kardinaldiakone sind Kurienkardinalen, während 36 Kardinalpriester außerhalb der Stadt Rom (extra curiam) sich befinden. Ihrem Alter nach stehen 7 zwischen 80 und 90, 20 zwischen 70 und 80, 26 zwischen 60 und 70, 10 zwischen 50 und 60 und 1 (Asalefi, Erzbischof von Benevent) unter 50 Jahren. Von den 9 Ordenskardinälen gehören 2 den Dominikanern, je 1 den lateranischen Chorherren, Benediktinern, Franziskanern, Jesuiten, Maristen, Redemptoristen und Salesianern an. Der Ernennung (Kreation) nach sind 12 von Leo XIII., 30 von Pius X., und 22 von Benedikt XV. ernannt. Gestorben sind unter Benedikt XV. 23 Kardinäle, davon 3 im verfallenen Jahre 1919, nämlich Cassina, Bischof von Frascati, Hartmann, Erzbischof von Köln, und Cosy-Madho, Erzbischof von Balladob. — Beim St. Stuhle haben nun 21 Länder diplomatische Vertretung und zwar Spanien, Brasilien und Peru durch Gesandte, Argentinien, Bayern, Belgien, Bolivien, Chile, Columbia, Costa Rica, Großbritannien, Nicaragua, Holland, Portugal, Preußen und Finnland durch Minister, Oesterreich durch einen Geschäftsträger, wozu noch die neuen Gefandtschaften Polens, des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen und Venezuelas kommen.

Bekanntmachung.

Auf Ersuchen Sr. Gnaden des hochw. Herrn Bischofs Pascal, O. M. I., hat der Heil. Vater Papst Benedikt XV. Sr. Gnaden dem hochw. Herrn Abt Michael vom heiligen St. Peters Kloster auf fünf Jahre den Indult verliehen, in der Diözese Prince Albert das hl. Sakrament der Firmung zu spenden.